



# Was kommt nach Austerität und Liberalisierung?

Die Erfolge einer strengen staatlichen Sparpolitik und konsequenten Liberalisierung der Wirtschaft sind bescheiden, die sozialen Folgen dramatisch, der politische Protest gross. Doch überzeugende und mehrheitsfähige Alternativen sind noch nicht erkennbar.

Von Klaus Armingeon

Austeritätspolitik besteht in staatlichen Sparmassnahmen mit dem Ziel, zukünftige öffentliche Defizite zu reduzieren. Liberalisierungspolitik will staatliche Eingriffe in Märkte zurückdrängen. Beide Politiken wurden besonders seit den 1980er Jahren zu dominanten sozial-, fiskal- und wirtschaftspolitischen Strategien. Für überzeugende Alternativen fehlten Ideen und politische Mehrheiten. Die Nachfragesteuerung («keynesianische Politik») hatte kurz zuvor im Fiasco geendet, eine nachhaltige Konsolidierung nationaler Haushalte war nicht erkennbar. Man setzte auf Austerität – und damit auch auf einen dauernden Spardruck auf den Wohlfahrtsstaat.

*«Die Wiederwahlchancen von Regierungsparteien sanken, je länger sie an einer erfolglosen Sparpolitik festhielten.»*

Seit 2010 verstärkte sich die Austeritätspolitik in Europa. Besonders die Euro-Länder wurden auf einen Sparkurs gezwungen, der desto härter war, je unvorteilhafter die ökonomischen und fiskalischen Rahmendaten waren. Die erhofften Erfolge der eisern durchgeführten Sparpolitik musste man jedoch mit der Lupe suchen, während die negativen Folgen – Einbruch des Wirtschaftswachstums, wachsende soziale Ungleichheit und Not, erhöhte Arbeitslosigkeit – unbestreitbar waren und von einer zunehmend verzweifelten Bevölkerung getragen werden mussten. Ihr Vertrauen in die Demokratie erodierte, die jeweilige Regierung wurde bei Wahlen abgestraft, obwohl sie nur die Zwänge der Finanzmärkte und der europäischen Institutionen umsetzte. Freilich lernten die Regierungsparteien, dass ihre Wiederwahlchancen desto mehr sanken, je länger sie an einer (erfolglosen) Sparpolitik festhielten. Deshalb

begannen sie unter sonst gleichen wirtschaftlichen Bedingungen ab 2013 die fiskalischen Bremsen etwas zu lösen. Der konsequenten Austeritätspolitik geht somit heute, so scheint es, die Luft aus. Viele werden dies nicht bedauern, weil ihre Erfolge bescheiden und ihre unerwünschten sozialen Folgen dramatisch waren.

Andererseits bleibt der permanente Spardruck besonders für wirtschaftsschwache Länder bestehen und es gibt kaum eine akzeptable Alternative. Zwar könnte man es mit einer erneuten staatlichen Nachfragesteuerung versuchen. Jedoch müsste sehr viel umgekrempelt werden, darunter die Grundregeln des Euro-Verbundes, um zu einer wirksamen alternativen Wirtschaftspolitik zu kommen.

Die Liberalisierungspolitik hatte in den 1980er und 1990er Jahren an Fahrt gewonnen und erreichte in den entwickelten Demokratien ihren Höhepunkt um die Jahrtausendwende. Sie versuchte, die Wachstumsprobleme zu therapieren, die seit der sogenannten Ölpreiskrise 1973 deutlich wurden. Freilich ist keineswegs klar, ob sich der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft so ausgezahlt hat, wie dies die Protagonisten der Liberalisierung versprochen hatten. Viele marktfremde Regelungen waren Teil eines fein ausbalancierten institutionellen Systems und stützten insgesamt das jeweilige nationale Wachstumsmodell. Unter dem Strich spricht beispielsweise wenig dafür, dass sich ein konsequenter Abbau des Arbeitnehmerschutzes in höherer Beschäftigung niederschlägt oder dass gar der Rückbau des Wohlfahrtsstaates insgesamt der Gesellschaft nützt. Je länger die Liberalisierungspolitik andauerte, je nachteiliger sie für einzelne Bevölkerungsgruppen wurde und je weniger deutlich ihre insgesamt-Erfolge wurden, desto mehr wurden konterkarierende de-liberalisierende Reformen verwirklicht. Dieser Prozess setzte um die Jahrtausendwende ein. Ebenso wie

die Austeritätspolitik ihren Charme verloren, weil sie ihre Ziele häufig verfehlte und weil ihre Nachteile politischen Protest hervorriefen. Freilich gibt es keine überzeugenden und mehrheitsfähigen alternativen Visionen. Die überwältigende Unterstützung von Bernie Sanders in den USA oder Jeremy Corbyn in Grossbritannien durch ihre jugendlichen Anhänger machte die enorme Nachfrage nach solchen Visionen deutlich, auch wenn diese vielfach nur Programme der 1960er Jahre kopierten.

Das Erlahmen von Liberalisierung und Austerität hätte die Chance eröffnet, in einer reformfreundlichen Umbruchsituation den Wohlfahrtsstaat gründlich umzubauen und zu modernisieren. Statt relativ gut situierte Rentner und Arbeitnehmerinnen mit hoher Beschäftigungssicherheit wie bislang generös zu versorgen, müsste man sich stärker auf die Problemgruppen des Arbeitsmarktes, wie schlecht qualifizierte junge alleinstehende Mütter oder Jugendliche mit Bildungsdefiziten, oder auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf konzentrieren. Viele dieser neuen Sozialpolitiken sind präventiv, versuchen also durch Investitionen etwa in Bildung zu vermeiden, dass Armut oder Arbeitslosigkeit eintritt. Aus nachvollziehbaren politischen Gründen wurde diese Chance einer Modernisierung des Wohlfahrtsstaates vergeben. Insofern sind wir in einer ungemütlichen Situation: Die bisherigen Austeritäts- und Liberalisierungspolitiken hatten bescheidene Erfolge und sind aus wahlpolitischen Gründen kaum uneingeschränkt weiterführbar. Aber Alternativen sind schwer realisierbar. Damit zeichnet sich ein pragmatisches und visionsarmes Durchwursteln ab, das sich weiterhin an Spar- und Liberalisierungsideen orientiert.

**Kontakt:** Prof. Dr. Klaus Armingeon, Institut für Politikwissenschaft, klaus.armingeon@ipw.unibe.ch